



Abgeordnete der Fraktion  
in der Hamburgischen  
Bürgerschaft

**DIE LINKE.**

# BürgerInnenbrief

15. November 2017

Umweltretter E-Auto? +++ Menschenrechte für Alle! +++ SPD-Debatte +++ Solireise nach Griechenland +++

## Liebe Leserinnen und Leser,



Für sozialen Zusammenhalt: »Wunschfiliale« von »New Hamburg aus der Veddel in St. Georg (s.a. S. 7) (Foto: M. Joho)

CDU/CSU, FDP und GRÜNE ringen um eine Schwarze Ampel, der Poker für die Erlangung von Regierungssämtern treibt schon seltsame (Kompromiss-)Blüten. Die Opposition zieht dagegen auf ihre Art und Weise Bilanz der Bundestagswahl: Bei der SPD werden Wunden geleckt und vermeintliche Neujustierungen vorgenommen, und auch DIE LINKE hat ihre personellen Querelen noch nicht ausgestanden, trotz guten Stimmenergebnisses.

In Hamburg bemüht sich die Linksfraktion um eine klare oder besser: noch klarere soziale Verortung. Mit der neuen Kampagne **»Mut gegen Armut«** wollen wir die Bekämpfung der immer ungerechteren sozialen Verhältnisse in unserer Stadt stärker in den Mittelpunkt rücken. Mit der von Joachim Bischoff und Bernhard Müller erarbeiteten Studie **»Soziale Ungleichheit im Wohlstand. Reichtum und Armut in Hamburg«** ([www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2017/09/Soziale\\_Spaltung\\_Hamburg\\_Netz.pdf](http://www.linksfraktion-hamburg.de/wp-content/uploads/2017/09/Soziale_Spaltung_Hamburg_Netz.pdf), auch gedruckt bei der Fraktion erhältlich) haben wir im Oktober einen Anfang gemacht, jetzt wollen wir die verschiedenen Aspekte des Themas beleuchten.

Die **Auftaktveranstaltung** der bis zum Sommer nächsten Jahres geplanten Kampagne findet am **Donnerstag, den 23. November**, um 19.00 Uhr in der Patriotischen Gesellschaft

(Trostbrücke 4) statt. Die Vorsitzenden der Linksfraktion, Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir, diskutieren mit den Autoren der o.a. Studie und Michael David vom Diakonischen Werk. Auch zum Komplex Wohnen wird es in den kommenden Monaten eine Veranstaltung geben, zeigt sich hier doch die aufgehende Arm-Reich-Schere besonders krass. Anders formuliert: Menschen bzw. Haushalte mit geringem bis mittlerem Einkommen verzweifeln zunehmend angesichts der katastrophalen Lage auf dem Wohnungsmarkt. Vom mangelnden Angebot bezahlbarer Mieten sind arme Haushalte ganz besonders betroffen, wie eine neue Studie der Hans-Böckler-Stiftung anschaulich belegt: Haushalte, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens leben müssen, müssen fast 40% für ihre Bruttokaltmiete aufbringen, in Hamburg sogar 46%. Haushalte mit mehr als 140% des Durchschnittseinkommens müssen dagegen nur rund 17% für die Bruttokaltmiete aufbringen ([www.boeckler.de/110842\\_110855.htm](http://www.boeckler.de/110842_110855.htm) und [www.boeckler.de/pdf\\_fof/99313.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf), S. 73).

Und die Zeiten werden noch ungemütlicher, in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Wir möchten stärker gegensteuern. Und erhoffen uns die Zusammenarbeit und Unterstützung aus breiten Kreisen der Zivilgesellschaft.

Es grüßen die Herausgeberinnen und die Redaktion

# Elektroautos zur Rettung der (Um)Welt?

Heike Sudmann über eine Mär & die Notwendigkeit einer echten Verkehrswende



Bellealliancestraße, Eimsbüttel, 7.9.2016 (© wikipedia/Vitavia)

Verkehrswende war gestern, Elektroautos sind heute das Non-plus-ultra – diesen Eindruck bekommt frau, wenn sie sich die euphorischen (oder eher elektrisierten) Stellungnahmen des Senats und der rot-grünen Abgeordneten zum Thema Elektromobilität ansieht.

»Die industrielle Agenda, was alternative Antriebe angehe, brauche mehr Drive, um Ziele im Hinblick auf die verkehrliche Situation und den Luftreinhalteplan zu erreichen«, stellen die Senatsvertreter im Wirtschaftsausschuss der Bürgerschaft fest (Drucksache 21/10770, S. 5).

Die **verkehrliche Situation**, die ich in Hamburg erlebe, sieht so aus:

In den Hauptverkehrszeiten (und somit in den Stauzeiten) sind die meisten Pkw mit einer Person besetzt.

Die durchschnittliche Entfernung, die mit dem Pkw in Hamburg zurückgelegt wird, liegt seit Jahren bei ca. fünf Kilometern. Eine Strecke also, die gut mit dem Fahrrad zurückgelegt werden könnte.

Das private Kraftfahrzeug ist wie seit Jahrzehnten schon ein **Stehzeug**, das rund 23 Stunden am Tag irgendwo herumsteht.

Das »Irgendwoherumstehen« allerdings geschieht überwiegend im öffentlichen Raum, verbraucht also Flächen, die anders genutzt werden könnten (angefangen von breiteren Gehwegen, Radstreifen über Grün bis hin zum Wohnungsbau).

In Befragungen sagen viele AutofahrerInnen, dass sie bei guten Alternativangeboten auf ihr Auto verzichten würden.

Diese verbale Aufgeschlossenheit ist seit Jahrzehnten vorhanden, doch bisher auch bei besseren ÖPNV-Angeboten nicht mit einer praktischen Umsetzung verbunden. Die Bequemlichkeit siegt anscheinend immer noch.

Obwohl mehr als ein Drittel aller HamburgerInnen über kein eigenes Auto verfügt, in den innerstädtischen Bereichen teilweise sogar 50% der Haushalte keinen Pkw haben, macht der Senat unverdrossen Politik für die Autolobby.

Autonomes Fahren und Bestellsysteme zur gemeinschaftlichen Autonutzung werden als Zukunftsmusik vom Senat beschrieben, eine Ansage zur Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs und damit der heutigen Probleme fehlt völlig.

Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit und die damit verbundene Reduzierung von Lärm- und Abgasbelastung sowie der Unfallgefahr scheut der Senat wie der Teufel das Weihwasser.

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass der Senat die verkehrliche Situation, was die Anzahl der Autos, den Flächenbedarf und natürlich auch die (zu hohe) Geschwindigkeit angeht, nicht ändern will. Vielmehr setzt er auf die **Elektromobilität** als Allheilmittel und die Autoindustrie als Bündnispartnerin. Genau die Autoindustrie, die sich in den letzten Jahren nie besonders hervorgetan hat, wenn es darum ging, Pkw mit geringem Verbrauch oder alternativen Antrieben zu produzieren. So wundert es denn auch nicht, wenn das Statistikamt Nord zum aktuellen Verkehrsbestand in Hamburg am 27. Juli 2017 folgendes konstatiert: »Obwohl mehr

PKW mit alternativen Antriebsarten neu in den Verkehr kamen, machen sie am gesamten Bestand aller Fahrzeuge mit HH-Kennzeichen nur einen sehr geringen Anteil aus. Am 1. Januar 2017 waren 771.573 PKW in der Hansestadt angemeldet. Darunter befanden sich 10.721 Autos mit alternativen Kraftstoffen, das entspricht einem Anteil von 1,4%. Die Mehrzahl dieser Fahrzeuge (6.350 PKW) war mit einem Erdgas- oder Flüssiggasantrieb ausgestattet. Hinzu kamen 3.415 Hybrid- und 956 Elektrofahrzeuge. Von den mit herkömmlichen Kraftstoffen betankten Fahrzeugen waren etwa zwei Drittel »Benziner« und ein Drittel »Diesel«. Jeder fünfte in der Hansestadt gemeldete PKW erfüllte nach den Zulassungsdaten die EURO 6-Norm. Von den Diesel-Fahrzeugen hielten 29% nach den Zulassungskriterien die EURO 6-Grenzwerte ein.« ([www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/transport-verkehr/strassenverkehr/dokumentenansicht/neuzulassungen-und-bestand-von-pkw-in-hamburg-2016-59684/](http://www.statistik-nord.de/zahlen-fakten/transport-verkehr/strassenverkehr/dokumentenansicht/neuzulassungen-und-bestand-von-pkw-in-hamburg-2016-59684/))

Es gibt viele verschiedene Bewertungen der Elektrofahrzeuge und ihrer Umweltfreundlichkeit. Ganz aktuell haben sich ehemalige InhaberInnen von Verkehrslehrstühlen der deutschsprachigen Technischen Universitäten/Hochschulen geäußert. Sie fordern, die technischen Möglichkeiten im Verkehr auch realistisch einzuschätzen. In einem Beitrag der »ZEIT« vom 4. November 2017 ([www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/elektromobilitaet-emissionen-elektroautos-kritik](http://www.zeit.de/mobilitaet/2017-11/elektromobilitaet-emissionen-elektroautos-kritik)) mit der schönen Einleitung »Emissionsfreie E-Autos gibt es gar nicht – Null Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß klingt super, ist aber gelogen. Doch wer merkt's? Professoren regen sich über E-Fahrzeuge auf und offenbaren die großen Irrtümer der Verkehrswende« findet sich auch der Beitrag der ProfessorInnen. Einige Zitate aus dem Papier sollten nicht nur beim Hamburger Senat ein Umdenken anstoßen:

#### **»1. Jede Form der Energieerzeugung und -nutzung erfordert Aufwand**

... Es ist jedoch zu hinterfragen, inwieweit die E-Mobilität dem Gesamtziel einer umweltverträglichen Verkehrspolitik dient und mit welchen Nebenwirkungen sie verbunden ist ...

#### **2.1 Vernachlässigung von Größe und Gewicht der Fahrzeuge**

... Obwohl heute schon absehbar ist, dass die Durchsetzungsstrategien der Autofirmen nach dem Vorbild des Tesla Modells S darauf abzielen, mit großen und schweren Wagen in den Markt für Elektrofahrzeuge einzusteigen und diese dann als »ökologisch« zu kategorisieren, werden die entsprechenden Energieverluste durch schiere Größe und Gewicht weder fachlich noch politisch thematisiert...

#### **2.2 Vernachlässigung der Beschleunigung**

Elektrofahrzeuge können aufgrund der Kennlinie ihrer Motoren bei allen Drehzahlen sehr stark beschleunigen. Das wird in allen einschlägigen Publikationen fast ausnahmslos als großer Vorteil gewertet (»toller Fahrspaß« etc.). Dass die mit diesen Fahrzeugen realisierte hohe Beschleunigung aber auch Energie kostet, wird ab und zu nur am Rande erwähnt. Dass diese erhöhte Beschleunigung etwa im urbanen Umfeld sehr gefährlich sein kann, da die Fahrzeuge sich schnell und geräuschlos nähern und somit Fußgängern und Radfahrern

oft nicht ausreichend Zeit für Reaktionen zur Vermeidung von Unfällen bleibt, wird kaum angesprochen...

#### **2.3 Benutzung des Terminus »emissionsfrei« oder »lokal emissionsfrei« für Automobile**

... Tatsache ist, dass die besonders gefährlichen Emissionen, nämlich Feinstaub, auch beim Betrieb von Elektrofahrzeugen lokal entstehen. Der aufgrund der aktuellen Debatten um den Dieselmotor sehr gut untersuchte Straßenquerschnitt am Neckartor in Stuttgart, wo die Feinstäube bis zurück zur Quelle analysiert wurden, zeigt z.B., dass mindestens 85% der emittierten Feinstäube der Größe PM 10 nicht aus den Motoren kommen ...

#### **2.4 Vernachlässigung des Energieverbrauches von Elektrofahrzeugen ...**

»Auch für Elektroautos müssen Effizienzstandards eingeführt werden, um zu verhindern, dass kostbarer Ökostrom verschwendet wird«, fordert völlig zu Recht der für die Deutsche Umwelthilfe forschende ehemalige Abteilungsleiter des UBA, Axel Friedrich, in einem Interview. Ökostrom ist weder zeitlich, noch lokal grenzenlos vorhanden. Nachts bei Windstille ist jede Kilowattstunde besonders wertvoll ... Dennoch so zu tun, als sei der Verbrauchswert letztlich irrelevant – wie es Ausdrücke wie »Null-Emission« oder »Zero-Energy« suggerieren – hat schwerwiegende Folgen ...

#### **4. Konsequenzen**

Eine Zukunft ohne CO<sub>2</sub>-Emissionen des Kfz-Verkehrs lässt sich definitiv nicht erreichen, wenn von einem Motorisierungsgrad und einer Kilometerleistung in der heute in westlichen Industrieländern bestehenden Größenordnung ausgegangen wird, möglicherweise sogar noch mit Fahrzeugen mit höherem Gewicht und höherer Beschleunigung. Wenn wir den heutigen Motorisierungsgrad in Deutschland oder anderen westlichen Industrieländern nur zur Hälfte auf die ganze Welt übertragen, würde die Anzahl der Fahrzeuge auf dem Planeten schon bald von der eben erst erreichten einen Milliarde auf zwei Milliarden Fahrzeuge steigen. Bei Übertragung des vollen Motorisierungsgrades wären es bereits heute mehr als vier Milliarden Autos, eine Anzahl, die alle Vorstellungen einer ökologischen Verträglichkeit sprengt.«

(Das komplette Papier findet sich unter [www.zeit.de/stellungnahme-elektromobilitaet-november-2017.pdf](http://www.zeit.de/stellungnahme-elektromobilitaet-november-2017.pdf).)

Die Elektromobilität kann eine echte Verkehrswende nicht ersetzen. Es gilt weiterhin der alte Grundsatz für den Individualverkehr: verringern, verlagern und vermeiden.

Auch wenn sozialdemokratische KollegInnen wie jüngst die SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Anne Krischok in einer Pressemitteilung den »Aufbruch in emissionsfreie Mobilität nicht den Konzernen überlassen« (<http://anne-krischok.de/aufbruch-in-emissionsfreie-mobilitaet-nicht-den-konzernen-ueberlassen/>) wollen, sieht die Realität doch anders aus: Die Freie und Hansestadt Hamburg ist mit dem Daimler-Konzern eine »strategische Partnerschaft im Bereich urbane Mobilität« eingegangen und gestaltet künftige Mobilität nach den Vorstellungen des Daimler-Konzerns. Gut sozialdemokratisch: verbalradikal links blinken und dann rechts abbiegen.

# Quartiersrätekongress in der Hauptstadt

Eindrücke von Jürgen Fiedler



Quartiersrätekongress in Berlin, 2017 (Foto: J. Fiedler)

Für den nachfolgenden Bericht danken wir Jürgen Fiedler vom Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte, der am 10. November auf einem Beirätekongress in Berlin weilte und erstaunliche Unterschiede, aber auch ernüchternde Realitäten feststellen musste.

Auf einer Fahrt zum Deutschen Bundestag im September, organisiert im Namen des damaligen Abgeordneten Jan van Aken,<sup>1</sup> wurde von der Senatorin für Stadtentwicklung, Frau Katrin Lompscher, die Andeutung gemacht, dass in Berlin die Quartiersräte durchaus mehr Befugnisse hätten als in Hamburg und sich regelmäßig einmal im Jahr auf Einladung der Senatorin im Berliner Abgeordnetenhaus zum Quartiersrätekongress zusammenfänden. Im Nachklapp bat ich das Büro der Senatorin, dazu eingeladen zu werden, was auch geschah.

Für mich als einen der Mitorganisatoren des hiesigen Netzwerkes Hamburger Stadtteilbeiräte ist es natürlich von außerordentlichem Interesse, welche Formen der Beteiligung in Berlin praktiziert, welche Einflussmöglichkeiten gewährt werden und welche Absicherungen für die Stadtteilräte existieren. Denn das ist das Feld, auf dem wir hier in Hamburg seit Jahren mit dem Senat um bessere Bedingungen ringen.

Ich schätze die Teilnehmerzahl auf ca. 200 aus einer Vielzahl der aktuell 34 mit dem Programm Soziale Stadt geförderten Quartiere. Somit war der ehrwürdige Saal am 10. November mehr als gefüllt. Die Berliner Historie mit Stadtentwicklungsprogrammen ist dabei etwas jünger (seit 1999) als in Hamburg und besteht nur aus dem Bundesprogramm.

Im Folgenden meine Kerneindrücke, die sich aus dem Verfolgen der Diskussion ergaben und die ich mittels Nachfragen in den Pausen mit einigen AnsprechpartnerInnen versucht habe zu verifizieren: Am irritierendsten war die Aussage, dass in vielen (den meisten?) Quartieren die Sitzungen nicht öffent-

lich sind und dies entsprechend auch für die Protokolle gilt. In der Diskussion im Plenum wie auch in den Gesprächen in den Pausen wurde das von den Mitgliedern in den Quartiersräten nicht als Problem angesehen, vielmehr engagiert verteidigt.

Die Räte sind einheitlicher verfasst als in Hamburg. Grundsätzlich gilt in den Fördergebieten ein Verhältnis von 51% Bevölkerung zu 49% anderen Akteursgruppen. Mitglieder werden in klassischer Form gewählt, gleichsam in den Stadtteilen darum gerungen, dieses Verhältnis überhaupt personell beschicken zu können. Für Abstimmungen gilt grundsätzlich, dass zwei Drittel der stimmberechtigten Mitglieder anwesend sein und Beschlüsse dann noch mit eben diesem Verhältnis gefasst werden müssen, eine extrem hohe Hürde.

Beklagt wird allgemein der schlechte Informationstransfer von der städtischen oder bezirklichen Ebene hinein in die Beiräte. Das wurde relativiert, sofern das Quartiersmanagement gute Arbeit leistet. Streitpunkt war, dass die die Programme in den Quartieren begleitenden Steuerungsrounds manchmal offen für Ratsmitglieder sind und manchmal nicht. Hier gibt es keine Einheitlichkeit.

In der Verstetigungsphase ereilt die Berliner Stadtteile dasselbe Schicksal wie in Hamburg. Ungeklärt bleiben Fragen, wo man sich trifft, wie man aufgebaute Strukturen absichert und welche finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Hier scheint es, wie in Hamburg, sehr unterschiedliche Umgangsformen der jeweiligen Berliner Bezirke zu geben.

Nach den Eindrücken aus diesem Kongress würde ich sagen, dass das Berliner Quartiersmanagement viel klarer von oben gelenkt und gesteuert wird. Die Trägerlandschaft für das Quartiersmanagement ist deutlich heterogener aufgestellt als in Hamburg.

<sup>1</sup> Siehe dazu die Berichte im BürgerInnenbrief vom 20.9.2017, S. 13ff.

Für mich hatte die Teilnehmendenkulisse den Anschein, als ob sie durchaus bunter zusammengesetzt ist als in den Hamburger Fördergebieten. Würde ja auch zu Berlin passen. Dagegen hätte ich deutlich mehr Angriffslust auf die anwesende Senats- und Politikebene erwartet, stattdessen wohnte ich einer ausgesprochen peacigen Diskussion bei.

Meinen Augen und Ohren traute ich dann nicht mehr, als am Nachmittag – als Programmbestandteil – ein gemeinsames Singen von der Bühne angezettelt wurde, mit Textzeilen, die den Zusammenhalt und die Aktivität der Beiräte ausdrücken sollten. Das war dann doch eine Nummer zu dick aufgetragen, zu viel der Harmonie und relativ unvorstellbar für hiesige Hamburger Verhältnisse.

Mein Wortbeitrag, in dem ich versucht habe, die Hamburger Situation und die Aktivitäten des hiesigen Netzwerks Ham-

burger Stadtteilbeiräte kurz und gerafft darzustellen, fand im abschließenden Statement der Senatorin Widerhall, in dem sie direkt dazu anregte, einen solchen Zusammenschluss auch für Berlin auf den Weg zu bringen.

Zudem wurden die BerlinerInnen von mir zu einem Gegenbesuch in Hamburg zu unserem nächsten Kongress am 17. Februar 2018 eingeladen, worauf mich im Nachgespräch bei einem durchaus üppigen Abendbuffett auf Kosten der Senatorin gleich mehrere angesprochen haben, die gerne der Einladung folgen würden. Auch die Organisatorin des Kongresses zeigte sich interessiert an unserer Arbeit.

Fazit: Als Geste der Anerkennung der Arbeit eine durchaus begrüßenswerte Veranstaltung. Als Forum aufgrund der Organisation von oben und des zeitlichen Raumes von 2,5 Stunden für eine kontroverse Auseinandersetzung ungeeignet.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Eine viel zu wenig bekannte **Datenbasis vergleichsweise gigantischen Ausmaßes** bietet das **Geoportal Hamburg**. Wer z.B. wissen möchte, welche Flächen im städtischen Besitz sind, wo sich städtebauliche oder soziale Erhaltungsverordnungsgebiete erstrecken, wo Erbpachten vereinbart sind, kann sich hier einen optischen Eindruck verschaffen und vielerlei Informationen zusammentragen: [www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/?id=B8F6865A-1790-4B9D-997E-AF97B88E84D#](http://www.geoportal-hamburg.de/Geoportal/geo-online/?id=B8F6865A-1790-4B9D-997E-AF97B88E84D#). Mensch muss sich erst etwas in die Legende einarbeiten. Wer zu den o.a. grafischen Möglichkeiten vorstoßen möchte, klickt nacheinander an: Themen – Fachdaten – Infrastruktur, Bauen und Wohnen – Landesgrundbesitzverzeichnis.



Die **Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen** ist hinsichtlich neuer **Materialien** recht fleißig, wobei einiges davon interessierte Kreise leider nicht unbedingt erreicht. Nehmen wir nur mal diese Publikationen: **Wohnen in Hamburg 2030. Impulse und Perspektiven. Fachkonferenz am 26. April 2016** ([www.hamburg.de/contentblob/6534226/5b2e2675ff2e028bf4a7f7fa0a36392f/data/d-doku-wohnen-in-hamburg-2030.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/6534226/5b2e2675ff2e028bf4a7f7fa0a36392f/data/d-doku-wohnen-in-hamburg-2030.pdf)). Sowie: **Wohnen in Hamburg 2030. Eine Stadt für alle – Strategien für bezahlbares Wohnen. Fachkonferenz am 3. April 2017** ([www.hamburg.de/contentblob/9466960/7da6e559aad9f06bd15bb3cf7b526dbe/data/d-wohnen-in-hamburg-2030.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/9466960/7da6e559aad9f06bd15bb3cf7b526dbe/data/d-wohnen-in-hamburg-2030.pdf)).

Ebenso interessant ist ein im Oktober erschienenenes, gut 100seitiges **Gutachten zum Thema Baukosten in Hamburg**. Erarbeitet hat diese Broschüre, zugleich der Bauforschungsbericht Nr. 74, die Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen e.V. (ARGE) im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg. Der Untertitel: »Erhebung, Erfassung und Feststellung der Herstellungskosten in Hamburg sowie konkreter baulicher Einsparpotenziale einschließlich einer Vergleichsanalyse zur Bestimmung des aktuellen Kostenniveaus in anderen Großstädten«. Die wichtigsten Inhalte des Gutachtens finden sich auf den PPP-Folien eines Vortrags von Dietmar Walberg/ARGE: [www.hamburg.de/contentblob/9773406/2e4f999f28f742df6201cbf45dd56b50/data/praesentation-gutachten.pdf](http://www.hamburg.de/contentblob/9773406/2e4f999f28f742df6201cbf45dd56b50/data/praesentation-gutachten.pdf).

»Mieten bringen viele an die Belastungsgrenze«, verkündet der »Böckler Impuls«, die Monatszeitschrift der Hans Böckler Stiftung, Ende September. Eine **neue Studie** hat ergeben, dass »bei vier von zehn Haushalten die Mietbelastung gefährlich hoch« ist. Die Untersuchung **Wohnverhältnisse in Deutschland – eine Analyse der sozialen Lage in 77 Großstädten** ist erarbeitet worden von den Wissenschaftlern und Stadtsoziologen Henrik Lebuhn, Andrej Holm, Stephan Junker und Kevin Neitzel. Den lesenswerten, im September 2017 vorgelegten Bericht gibt es hier: [www.boeckler.de/pdf\\_fof/99313.pdf](http://www.boeckler.de/pdf_fof/99313.pdf).



Vor wenigen Tagen ist die sechste Ausgabe von **MAKING History** via Internet verschickt worden. Es handelt sich dabei um den **Newsletter des Historischen Zentrums in der Rosa-Luxemburg Stiftung** (RLS) mit Sitz in Berlin. Der Rundbrief informiert regelmäßig über anstehende Veranstaltungen, neue Publikationen, Verweise auf die hauseigene Mediathek und allerlei interessante Neuigkeiten »über den Tellerrand« hinaus. Mehr dazu (inklusive Bestellmöglichkeit) unter [www.rosalux.de/themen/geschichte/](http://www.rosalux.de/themen/geschichte/).

Jürgen Bönings spannender Bericht über »Karl Marx in Hamburg« (VSA: Verlag) geht inzwischen in die zweite Auflage, das Interesse daran ist unvermindert stark. Vor diesem Hintergrund lädt die Linksfraktion auch noch einmal zu einem rund anderthalbstündigen **Rundgang mit Jürgen Bönig** ein. Am **Sonntag, den 19. November**, heißt es also **Auf den Spuren von Karl Marx in Hamburg**. Gestartet wird um 14.00 Uhr am Heinrich-Heine-Denkmal auf dem Rathausmarkt, danach geht es zu einem Dutzend Stationen, die für Marx, seinen Verleger Otto Meissner und den 1867 hier herausgegebenen ersten Band des »Kapital« von Belang waren.

Am **Dienstag, den 21. November**, veranstaltet das Projekt Vernetzung Flucht Migration Hamburg in Kooperation mit dem Hamburger Bündnis FLUCHT MIGRATION Bildung Arbeit von 9.00 bis 15.30 Uhr einen **Fachtag** im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 57a). Er trägt den Titel **Berufliche Integration von Zugewanderten – gemeinsam einen Schritt weiter**. Der Fachliche Dialog als Planungsgrundlage wird bestritten von mehreren FachwissenschaftlerInnen, von 11.45 bis 13.15 Uhr sind vier Workshops vorgesehen, ab 14.00 Uhr gibt es eine Abschlussrunde mit Dr. Sandra Garbade (HIBB, angefragt), Petra Lotzkat (Sozialbehörde), Dirk Heyden (Jobcenter team.arbeit.hamburg), Marion Wartumjan (AG selbständiger Migranten/asm e.V.) und Dirk Hauer (Diakonisches Werk, Moderation).

Das Department Soziale Arbeit an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (HAW) richtet am **Donnerstag, den 23. November**, von 9.00 bis 17.00 Uhr in der Alexanderstraße 1 einen **Fachtag zur Antidiskriminierungspolitik** aus. Im Fokus stehen dabei **der städtische Raum, Racial Profiling und der Wohnungsmarkt**. Mehr dazu unter [www.haw-hamburg.de/ws-soa/unser-department/tagungen/fachtag-antidiskriminierung-soziale-arbeit.html](http://www.haw-hamburg.de/ws-soa/unser-department/tagungen/fachtag-antidiskriminierung-soziale-arbeit.html).



Ebenfalls am **Donnerstag, den 23. November**, findet die eingangs erwähnte Auftaktveranstaltung zur Kampagne der LINKEN Bürgerschaftsfraktion **Mut gegen Armut statt**. Ab 19.00 Uhr diskutieren in der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4) die Vorsitzenden der Linksfraktion, Sabine Boeddinghaus und Cansu Özdemir, mit Bernhard Müller und Joachim Bischoff, den Autoren der Studie »Soziale Ungleichheit im Wohlstand. Reichtum und Armut in Hamburg« und Michael David vom Diakonischen Werk.

Zu Hamburgs Geschichte von unten gehören zweifellos die Kämpfe gegen die Verseuchung der Elbe. Vor knapp 40 Jahren entstand aus dieser Bewegung heraus der legendäre Dokumentarfilm **Cadmium bringt Aale um oder die Elbfischer merken's zuerst**. Gedreht hat den 70minütigen Streifen 1980 das Medienpädagogische Zentrum (mpz), das jetzt auch wieder zur Vorführung einlädt, und zwar am **Dienstag, den 28. November**, um 19.00 Uhr in seine heutigen Räume (Sternstraße 4). Zur anschließenden Diskussion dabei sein werden Heinz Oestmann und Herbert Nix von der Initiative »Rettet die Elbe«.



Das kleine, aber unbedingt sehenswerte Genossenschaftsmuseum im Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof 60, 11. Etage) zeigt in letzter Zeit Schätze aus dem Filmschaffen der deutschen Genossenschaftsbewegung. Am **Mittwoch, den 29. November**, geht es ab 17.00 Uhr um das **Wäschewaschen vor 60 Jahren**. Vorgeführt werden Werbefilme für die Waschmittel der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften. Der Eintritt ist frei.

Um **Neues Wohnen in Hamburg** geht es auf der nächsten **Stadtwerkstatt** der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen am **Mittwoch, den 29. November**, um 18.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 19). Diskutiert wird die Frage **Gut und bezahlbar Wohnungen bauen – wie kann das gelingen?** Einführungsbeiträge halten Stadtentwicklungssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und der neue Oberbaudirektor, Franz-Josef Höing. In einem zweiten Teil gibt es Referate zu Beispielen für neues Bauen aus Bremen (»Bremer Punkt«) und Wien (»Programm Smart Wohnen«) sowie aktuelle Geschosswohnungsbau-Projekte aus Holz. Den Abschluss bildet eine Diskussion zwischen Publikum und Podium, an dem u.a. Dr. Thomas Krebs (SAGA), Arne Dornquast (Bezirksamt Bergedorf) und Petra Memmler (Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen e.V.) teilnehmen.

## Menschenrechte für Alle!

Hamburgs Initiativen zeigen Flagge



Kartons mit Wünschen (Vor- und Rückseite) bei der »Wunschfläke«, 6.7.2017 (Foto: M. Joho)

Auch wenn die Debatte um den Umgang mit den Geflüchteten etwas in den Hintergrund getreten scheint, bemühen sich zivilgesellschaftliche Gruppen doch unverzagt um die Durchsetzung politischer und sozialer Rechte. Das Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen (BHFI), das sich aus ca. 90 Initiativen rekrutiert, hat im Oktober eine Resolution mit dem Titel »Die Würde des Menschen ist unantastbar! – Deutschlands Würde, Deutschlands Werte« beschlossen. Ein wichtiges Statement, das uns angesprochen hat. Seit Anfang Novem-

ber bewirbt das Bündnis Stadt des Ankommens (SdA) – ein aus hamburgischen AkteurInnen verschiedener gesellschaftlicher Bereiche und Organisationen bestehender Zusammenschluss – eine große Veranstaltung am 9. Dezember. Der Vorabend des Internationalen Tages der Menschenrechte scheint uns ein gutes Datum zu sein, um eine Art Bilanz des Ankommens und der Situation tausender Geflüchteter zu ziehen. Wir nehmen hier die beiden Dokumente gerne auf.

## Die Würde des Menschen ist unantastbar! Deutschlands Würde, Deutschlands Werte



Nach einer allzu kurzen Phase der Willkommenskultur im Herbst 2015 hat sich die deutsche wie die europäische Flüchtlingspolitik insgesamt seit 2016 zunehmend zu einer Politik der Abschottung, Abschreckung und Abschiebung verfestigt. Sichtbarer Ausdruck dafür sind die wiederholte Verschärfung des Flüchtlingsrechts durch die Große Koalition in dieser Zeit und die aktive Rolle Deutschlands bei der Entwicklung von Strategien zur Verlagerung der europäischen Außengrenzen weit nach Afrika hinein.

Waren für die Regierungen der EU Moral, Humanismus und Menschenrechte in ihrer Flüchtlingspolitik bisher schon kaum mehr als argumentatives Beiwerk, so hat das Ergebnis der Bundestagswahl die Befürchtung heraufbeschworen, in Deutschland könnten Menschenrechte künftig opportunistischen Interessenkalkülen gänzlich zum Opfer fallen.

Für uns als Bündnis von mehr als 90 Flüchtlingsinitiativen bleibt es eine selbstverständliche Verpflichtung unseres Landes und unserer Stadt, Menschen, die sich wegen einer existentiellen Notlage gezwungen sehen, das eigene

Zuhause aufzugeben, aufzunehmen und so zu unterstützen, dass sie hier in Würde und Gleichberechtigung leben können.

Auch sind wir Bürgerinnen und Bürger eines Landes, das sich selbst der gleichen Würde aller Menschen verschrieben und in Artikel 1 seiner Verfassung verankert hat. Dieses Versprechen der Menschenwürde ist nur etwas wert, wenn sie nicht ausgerechnet denjenigen vorenthalten wird, die am dringlichsten darauf angewiesen sind.

### **Deshalb fordern wir die künftige Bundesregierung auf:**

- statt eine Politik der Blockierung von Fluchtwegen nach Europa zu befördern, sich für die Einrichtung legaler Fluchtwege einzusetzen;
- keine Kooperationen mit Autokraten und Diktatoren zur Abwehr von Flüchtlingen einzugehen;
- keine Projekte zu finanzieren, mit denen angeblich Fluchtursachen bekämpft werden, tatsächlich aber lediglich Flucht erschwert und die Unmenschlichkeit der Fluchtbedingungen verstärkt wird;
- die von Margot Käbmann, Gesine Schwan, Klaus Töpfer u.a. vorgeschlagene Kommission einzurichten, die untersuchen soll, wie Deutschland weltweit zu Fluchtursachen beiträgt, und Maßnahmen und gesetzliche Initiativen zur Entgegenwirkung vorschlagen soll.

Neuankömmlinge und schon länger Anwesende zusammengenommen und die Zahl unerledigter Asylanträge eingerechnet, leben in Deutschland mehr als eine Million Flüchtlinge. Wir erkennen an, dass in dieser Zahl eine bedeutsame Hilfsbereitschaft Deutschlands zum Ausdruck kommt. Zur Beantwortung der Frage, ob unser Land damit seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen gerecht geworden ist und sein Soll erfüllt hat, muss ein Blick auf die weltweiten Fluchtbewegungen geworfen werden.

Laut den Vereinten Nationen waren Ende 2016 65,6 Mio. Menschen auf der Flucht. Tatsächlich nach Europa kommen nur dreieinhalb Prozent von ihnen. Gut 40 Mio. der weltweit Geflohenen sind Binnenflüchtlinge, also Vertriebene im eigenen Land. Hauptaufnahmeländer für Menschen mit offiziellem Flüchtlingsstatus sind die Türkei mit 2,9 Mio., Pakistan mit 1,4 Mio., der Libanon mit 1 Mio., Uganda mit knapp 1 Mio.

Nimmt man diese Zahlen und Länder zum Maßstab, ist die Feststellung fast zwingend, dass Deutschlands Leistungskraft mit seinen bisherigen Anstrengungen nicht erschöpft sein kann.

Folglich sind die zahlreichen restriktiven Maßnahmen der Großen Koalition und der mit Deutschlands aktiver Unterstützung forcierte Ausbau der »Festung Europa« menschenrechtlich problematisch. Wir fordern die künftige Bundesregierung zu einer Flüchtlingspolitik auf, die dem Selbstverständnis Deutschlands als einer den Menschenrechten verpflichteten Wertegemeinschaft entspricht.

Dieses Selbstverständnis Deutschlands erfordert es auch, schwerwiegende Beeinträchtigungen sozialer und wirtschaftlicher Menschenrechte als Fluchtgründe anzuerkennen.

Beschlossen am 6.10.2017 vom Plenum des Bündnisses Hamburger Flüchtlingsinitiativen; v.i.S.d.P.: Herbert Ankenbrand (Sprecher des AK Flucht und Bleiben), herbertankenbrand@gmail.com, Tel.: 040-817101 (für etwaige Unterstützungserklärungen)

## Für eine Stadt des Ankommens – Menschenrechte für Alle!

**Samstag, 9.12.2017, 18.00 bis 21.00 Uhr,**

Dreieinigkeitskirche, St. Georgs Kirchhof

Am Vorabend des Internationalen Tages der Menschenrechte lädt das Bündnis Stadt des Ankommens Gäste aus den USA, England und Spanien und AkteurInnen aus verschiedenen Hamburger Einrichtungen und Initiativen ein, um zu erörtern, wie Menschenrechte der hier lebenden Geflüchteten und Obdachlosen umgesetzt werden müssten und könnten.

### **Das Programm:**

Den Eingangsworten u.a. von Amnesty International und einem Film von jungen Geflüchteten folgen drei Diskussionsblöcke:

- Das Recht auf Ankommen (u.a. Sanctuary Cities),
- das Recht auf Wohnen,
- das Recht auf Menschenrechte in der Stadt (u.a. Urban Citizenship).

Position beziehen werden Richard Williams (Brighton), Nancy Meyer-Adams (Süd-Kalifornien) und Dirk Gebhardt (Barcelona) sowie Mitglieder von Initiativen und Einrichtungen aus Hamburg, darunter Hinz&Kunzt, Never mind the Papers, Hamburg hat Platz!, Lampedusa in Hamburg, Sea-Watch, Women in action, Migrar/ver.di, Silent University, Medibüro Hamburg, Urban Citizenship, Sasedi, Caritasverband und AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit.

Drachengold, der Stadtteilchor aus St. Georg, trägt internationale Lieder vor.

Der Veranstalter: Das Bündnis »Stadt des Ankommens« (SdA) setzt sich zusammen aus Akteur\*innen aus Willkommens- und Stadtteilinitiativen, Kirchen, Bildung, Wissenschaft und Gewerkschaften. Es befasst sich mit dem sozialen Zusammenleben in Hamburg, mit politischen und administrativen Rahmenbedingungen ebenso wie mit Initiativen und Projekten, die neu angekommenen und benachteiligten Personen ein würdevolles Leben ermöglichen wollen. Existenzielle Grundlage dafür sind soziale Rechte, wie sie in internationalen Konventionen – z.B. der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der EU-Grundrechtecharta und dem UN-Sozialpakt – festgeschrieben sind. Der Freien und Hansestadt obliegen dabei wesentliche Kompetenzen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Grundsicherung und Wohnen, die es in vollem Maße auszuschöpfen gilt. Und Hamburg müsste auch nicht abschieben wie z.B. nach Afghanistan.

Rückfragen bitte an Michael Joho, mobil 0160/91 48 10 27, Michajoho@gmx.de,  
per Adresse: Stadtteilbüro St. Georg, Hansaplatz 9, 20099 Hamburg



# Olaf Scholz als Reformier

Joachim Bischoff zur Debatte in der SPD



Olaf Scholz beim Global Citizen Festival in Hamburg, 6.7.2017  
(© wikipedia/Frank Schwichtenberg)

Olaf Scholz, Hamburger Bürgermeister und SPD-Bundesvize, engagiert sich in der Debatte um die künftige Ausrichtung der SPD. Er fordert seine Partei auf, sich für eine deutliche Anhebung des Mindestlohns einzusetzen. »Wir sollten den Mindestlohn in einem überschaubaren Zeitraum auf zwölf Euro pro Stunde anheben.«

Die große Koalition hatte zum 1. Januar 2015 einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt. Für die Anpassung der Höhe ist eine Kommission aus Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen zuständig. Inzwischen liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro pro Stunde. Scholz sagte zu seinem Zwölf-Euro-Vorstoß, die Lohngrenze müsse künftig hoch genug sein, damit niemand, der Vollzeit arbeite, im Alter auf öffentliche Hilfe angewiesen sei. »Man kann für Wachstum und technischen Fortschritt sein und zugleich für einen starken Sozialstaat mit ordentlichen Löhnen«, betonte er.

Fraktionschefin Andrea Nahles wies die Idee ihres Parteikollegen prompt zurück. »Von der politischen Anhebung des Mindestlohns bin ich nicht überzeugt.« Und weiter: »Wir haben die Anpassung des Mindestlohns in die Hände der Mindestlohnkommission und damit der Sozialpartner gegeben. Sie berücksichtigen insbesondere die Lohnentwicklung insgesamt. Das sollte auch so bleiben.« Scholz habe zwar Recht damit, dass Wachstum, ordentliche Löhne und ordentliche Renten kein Widerspruch seien, sondern sich gegenseitig beförderten. Es gebe jedoch andere Instrumente als die Anhebung des Mindestlohns – wie die Stärkung der Tarifbindung, stabile Beschäftigungsverhältnisse und Reformen in der Rente.

Olaf Scholz hat zugleich Thesen zur Zukunft der Sozialdemokratie vorgestellt mit dem Titel: »Keine Ausflüchte! Neue

Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze!« ([www.vorwaerts.de/system/files/keine\\_ausfluechte\\_olaf\\_scholz.pdf](http://www.vorwaerts.de/system/files/keine_ausfluechte_olaf_scholz.pdf))

Die Scholz-Thesen sind vordergründig der entschiedene Widerspruch zu gängigen Erklärungen für die Wahlniederlage vom 24. September in der SPD. In der Partei heißt es oft, es habe an mangelnder Mobilisierung gelegen. Für den Hamburger sind das »Ausflüchte« – genau wie die These, die fehlende Machtopion sei schuld gewesen oder die wachsende Konkurrenz von Grünen, LINKEN und AfD. Die Probleme der SPD seien grundsätzlicher, schreibt Scholz. Auch von der Behauptung, die SPD habe sich im Wahlkampf nicht klar genug für mehr soziale Gerechtigkeit eingesetzt, hält er wenig. Sein Einwand: Der Wahlkampf habe doch »ganz im Zeichen der sozialen Gerechtigkeit« gestanden.

Anders als SPD-Chef Martin Schulz, der zuletzt mehr Mut zur Kapitalismuskritik gefordert hatte, spricht sich Scholz für einen pragmatischen Kurs aus, bei dem Wirtschaftswachstum, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit verbunden werden können. Dass die SPD nach dem sehr schlechten Ergebnis der Bundestagswahl über ihre strategische Aufstellung diskutieren und eine Neuausrichtung durchsetzen muss, ist unstrittig eine Überlebensfrage. Scholz unterstreicht zu Recht: »Die Lage ist ernst, keine Frage. Es gibt eine strukturelle Krise, die nicht nur die deutsche Sozialdemokratie trifft. In vielen westlichen Ländern wie den Niederlanden oder Frankreich haben die traditionellen Mitte-links-Parteien zuletzt desaströse Ergebnisse eingefahren. Die entscheidende Frage lautet also nicht, ob es ein Problem gibt – das gibt es –, sondern, wo die Ursachen liegen.«

Will die SPD aus der Abwärtsspirale herauskommen, hat sie zudem wenig Zeit. Die aktuelle Debatte ordnet sich in eine

Reihe von Regionalkonferenzen und Thesenpapieren<sup>1</sup> ein, deren Zwischenergebnisse auf einem Parteitag im Dezember vorgestellt und beraten werden sollen.

In der Positionsbestimmung von Scholz findet sich keine direkte Kritik am angeschlagenen Parteichef Schulz. Der hatte sich nach der Wahl für einen Linksschwenk ausgesprochen, die »Systemfrage« ausgerufen und »Mut zur Kapitalismuskritik« verlangt. Schulz lässt keinen Zweifel daran, dass er auf dem Parteitag Anfang Dezember wieder antritt und sich auch nicht bloß als einen Übergangsvorsitzenden versteht. Seine Chancen stehen nicht schlecht. Etliche erfahrene SPD-PolitikerInnen mögen ihn schon beschrieben haben.

Der Parteivorsitzende Martin Schulz plädiert also für einen Linksschwenk. Es bleibt allerdings offen, was das inhaltlich bedeutet. Zugleich wurden acht Regionalkonferenzen angesetzt. Deren Sinn charakterisierte Stephan Weil, der amtierende SPD-Chef in Niedersachsen, wie folgt: Am Anfang des Erneuerungsprozesses der SPD müsse in jedem Fall die Parteibasis das Wort haben. »Es ist gut, dass Martin Schulz bei den Dialogveranstaltungen erstmal zuhört.« Das miese Ergebnis der Bundestagswahl sei allen SozialdemokratInnen in die Glieder gefahren.

Nun stehe die SPD vor schwierigen Denksportaufgaben: »Wie kann eine linke Volkspartei unter den gegenwärtigen Bedingungen wieder mehrheitsfähig werden?« Bei den Dialogveranstaltungen würden künftige inhaltliche Schwerpunkte, aber auch neue politische und strategische Herangehensweisen erörtert. Diesen Dialog müsse die SPD aber auch dezentral mit gesellschaftlichen Kräften und interessierten BürgerInnen führen, sagte Weil. Das zentrale Problem bestreitet auch er nicht: Man müsse aufpassen, dass man die notwendige Aufarbeitung der Wahlniederlage und eine Neuaufstellung der SPD nicht gleich mit Personalpolitik vermische und vermenge. »Das ist der Tod jeder inhaltlichen Debatte.« Warten wir ab, ob diese Konzentration auf die politischen Inhalte gelingt, und werfen einen Blick auf die Grundpositionen.

### **Kapitalismuskritisch und wirtschaftsfreundlich – geht das zusammen?**

Scholz plädiert dafür, auch in Zeiten von Digitalisierung und Globalisierung »Fortschritt und Gerechtigkeit in pragmatischer Politik« zu verbinden. Dabei sei wirtschaftliches Wachstum »eine zentrale Voraussetzung, um eine fortschrittliche Agenda zu verfolgen«. Anders als viele MitstreiterInnen in der SPD und auf dem linken Spektrum der Politik geht es für Scholz künftig zentral um die Frage, wie das Wirtschaftswachstum unter den verschärften ökologischen Herausforderungen gesichert werden könne. Er unterstreicht: »Es ist kein Zufall, dass die sozialdemokratischen Parteien in Europa, und generell in allen klassischen Industriestaaten, fast zur gleichen Zeit nicht mehr an frühere Wahlerfolge anknüpfen können. Die sozialdemokratischen Parteien in diesen wirtschaftlich erfolgreichen Ländern stehen vor der Herausforderung, dass die – im Vergleich zu den Jahrzehnten davor – geringere Wachstumsdynamik seit den 80er Jahren, die Globalisierung und die technologischen Veränderungen, namentlich die Digi-

talisierung, vielen Bürgerinnen und Bürgern (berechtigte) Sorgen bereiten. Überall weisen die Statistiken sinkende Löhne in den unteren Einkommensgruppen und nicht selten auch stagnierende Einkommen in der Mittelschicht aus ... In dieser veränderten Welt müssen die sozialdemokratischen Parteien plausible Antworten auf die Frage geben können, wie eine gute Zukunft möglich ist, die sich nicht auf die natürlichen Profiteure der Globalisierung und Digitalisierung beschränkt. Die sozialdemokratischen Konzepte müssen deshalb weiterentwickelt werden.«

Das zentrale Strukturproblem der Sozialdemokratie: keine erneute Anpassung an den neoliberalen Zeitgeist. Auch Scholz sieht, dass es nicht erneut im Sinne eines Neoliberalismus light (Blair-Schröder) um eine umfassende Neujustierung der sozialen Sicherungssysteme zugunsten der Lohnabhängigen gehen kann: »Die sozialpolitischen Beschlüsse der rot-grünen Koalition, insbesondere die 2003 angekündigte Agenda 2010 und die Rentenbeschlüsse zu Beginn der anschließenden großen Koalition, haben die SPD Kraft gekostet und sie hat darüber an Zustimmung verloren. Das bezweifelt wohl niemand. Man muss der SPD sozialpolitisch vertrauen. Und die Würde der Arbeit muss im Zentrum ihrer Politik stehen. Daran darf niemand (wieder) zweifeln.«

In der Tat will Scholz die Verknüpfung von Wirtschaftswachstum und sozialstaatlicher Regulierung neu gestalten. Seine Grundüberlegung: Ohne Stärkung von Wettbewerbsfähigkeit und technologischen Höchstleistungen wird sich das Lebensniveau in der Berliner Republik nicht ausbauen lassen. Aber die verteilungspolitischen Negativeffekte der letzten Jahrzehnte müssen zügig überwunden werden. Wirtschaftlicher Erfolg wird auch in Zukunft nur durch Einbettung in die Globalökonomie möglich sein. »Ein starker und zuverlässiger Sozialstaat ist allerdings die unverzichtbare Bedingung dafür, dass sich niemand deswegen sorgen muss. Gerade wegen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse ist es unabdingbar, die unteren Lohngruppen durch einen substantiellen Mindestlohn abzusichern, der hoch genug ist, um im Alter nicht auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein. Die Sicherheit, die Tarifverträge und Gewerkschaften in der old economy geschaffen haben, ist auch in der digitalen Ökono-

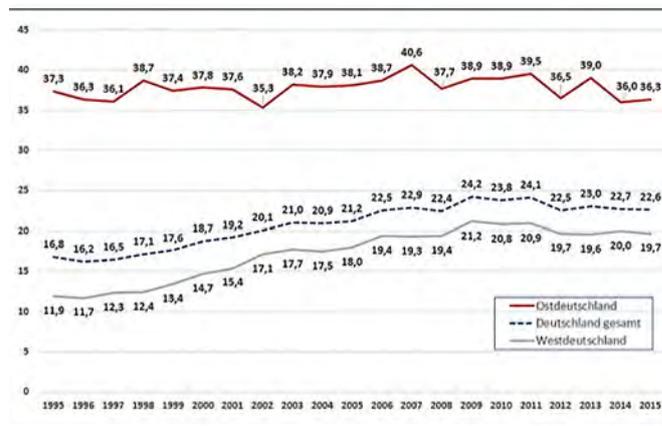
<sup>1</sup> Schon im Vorfeld der ersten Beratung haben sich VertreterInnen der innerparteilichen Strömungen zu Wort gemeldet und Positionen zur Walauswertung und der anstehenden Erneuerung abgesteckt. Der Sprecher des rechten »Seeheimer« Flügels, Johannes Kahrs, beschreibt die anlaufende Debatte daher realistischer: »Wissen Sie, wenn man eine Aufarbeitung einer Wahl machen möchte, die jetzt einen Monat her ist, und will eine Grundsatzdebatte führen, die vielleicht auch in einem neuen Grundsatzprogramm endet, dann kann das auch ein halbes Jahr dauern. Dann muss man nicht in jede Talkshow sofort und sofort fertige Papiere liefern. Dann ist das keine Aufarbeitung. Das, was Olaf Scholz geliefert hat, das, was Schäfer-Gümbel geliefert hat oder Ralf Stegner, das sind ja alles Papiere, die der Anfang einer Debatte sind und nicht das Ende, und da kann man auch nicht am Samstagmorgen um 7:15 Uhr dieses Ende ausrufen und sagen, wo man enden muss. Das ist falsch. Deswegen haben wir am Anfang besprochen, dass wir einen Prozess organisieren wollen.« – Olaf Scholz: »Keine Ausflüchte! Neue Zukunftsfragen beantworten! Klare Grundsätze!«, 27.10.2017; Ralf Stegner: »Großbaustelle SPD – Vom Keller bis zum Dach muss saniert werden! Ein Bauplan«, 25.10.2017.

mie nötig. Sichere Arbeitsverhältnisse sind auch künftig ein wichtiges politisches Ziel ... Und das Leben muss auch für Normalverdiener bezahlbar bleiben, deshalb braucht Deutschland gebührenfreie Betreuung und Bildung und bezahlbare Wohnungen. Und ein gerechtes Steuersystem.«

Das heißt, die SPD muss wieder für mutige Reformen eintreten, die vernünftig sind und an deren Umsetzung man glauben kann. Vernünftig heißt: Wirtschaftliches Wachstum wird auch in Zukunft eine zentrale Voraussetzung sein, um eine fortschrittliche Agenda zu verfolgen. Das gelingt nur, wenn das einhergeht mit einer guten Einkommensentwicklung auch der unteren Lohngruppen. Oder allgemeiner: Linke Parteien werden daran gemessen werden, ob sie sich mit einer tiefen sozialen Spaltung abfinden. Die soziale Umgestaltung des modernen Kapitalismus ist daran gebunden, dass an die Stelle der Exportorientierung ein am Binnenmarkt orientiertes und lohnbasiertes Wachstumskonzept tritt.

Die Kontroverse zwischen Scholz und Nahles macht sowohl das Grundproblem als auch die unterschiedlichen Lösungsansätze in der SPD sichtbar. Der Anteil der ArbeitnehmerInnen, die in Deutschland einen Niedriglohn beziehen, ist im europäischen Vergleich hoch. So verdienen 22,5% der Beschäftigten unterhalb der Niedriglohnschwelle von 10,50 Euro pro Stunde. Zum Vergleich: Im Euroraum insgesamt kommen nur 15,9% der ArbeitnehmerInnen mit einem Niedriglohn nach Hause und haben dabei mehr in der Tasche als deutsche NiedriglöhnerInnen. Im Euroraum beginnt der Niedriglohn erst unterhalb von 14,10 Euro. In der gesamten EU sieht es etwas schlechter aus. Dort arbeiten 17,2% der Beschäftigten unterhalb der Niedriglohnschwelle, die bei 13,20 Euro liegt (vgl. Abbildung 1). Der große Niedriglohnsektor ist das Haupteinfallstor für heutige Erwerbs- und spätere Altersarmut. Die große Koalition hatte zum 1. Januar 2015 einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde eingeführt. Für die Anpassung der Höhe ist eine Kommission aus Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen zuständig. Inzwischen liegt der Mindestlohn bei 8,84 Euro pro Stunde. Aus zwei Gründen reicht diese Reform nicht aus: Erstens war der Niedriglohn zu niedrig. 8,50 Euro in der Stunde, heute 8,84 Euro, reichen nicht aus, wenn man Vollzeit arbeitet, um aus der Armutszone herauszukommen. Die Höhe des Mindestlohns ist ein Problem, aber auch die vielen Ausnahmen, die es gibt. Für Langzeitarbeitslose gilt er das erste halbe Jahr nicht, für unter 18-Jährige ohne Berufsabschluss gar nicht. Für KurzzeitpraktikantInnen, für SaisonarbeiterInnen, für ZeitungszustellerInnen gab es Übergangsvorschriften. Das sind alles Ausnahmen, die das politische Instrument Mindestlohn beschränken. Dieser Mindestlohn reicht erst recht nicht aus, um aus dem Problem der Altersarmut herauszukommen und sich davon zu befreien oder erst gar nicht hineinzugeraten. Wenn man vierzig Jahre für einen Mindestlohn arbeitet und dabei vollzeittätig ist, dann wird man am Ende auf die staatliche Grundsicherung im Alter angewiesen sein. Dann hat man das Problem, dass man keinen Lohn für Lebensleistung erhält und dass man seinen Lebensstandard, der ohnehin niedrig war, im Alter noch nicht einmal halten kann.

**Abbildung 1: Bislang kein Rückgang der Niedriglohnbeschäftigung**



Quelle: IAQ-Report 2017-06, August, S. 3

Deutschlands Wirtschaft boomt. Doch der Arbeitsmarkt spaltet sich in »normale«, d.h. auskömmliche Lohnbeziehungen und atypisch oder prekär Beschäftigte. Problematisch sind der stark angewachsene Niedriglohnsektor und der hohe Anteil von Menschen in befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Daher hat sich die stark gesunkene Arbeitslosigkeit nicht positiv auf das Armutsrisiko im Lande ausgewirkt. Insgesamt hat die Aufwärtsmobilität von GeringverdienerInnen sogar abgenommen. Scholz will diese Entwicklungstendenz durch einen zeitnahen Sprung im Niveau des Mindestlohns bekämpfen, Nahles setzt auf die langsame Anpassungslogik der Niedriglohnkommission.

Scholz hat den Weckruf der Ergebnisse für die Sozialdemokratie in Europa und den Aufstieg der Rechtspopulisten eher verstanden: Die SPD »muss eine Politik formulieren, die zeigt, wie Wachstum möglich ist, an dem alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben«. Er unterschätzt gleichwohl die Logik des Niedriglohnsektors im modernen Kapitalismus. Dauerhaft ist die Würde der Lohnarbeit nur wiederherzustellen durch weitergehende politische Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse. Diese sind nur mit grundlegenden Korrekturen am System zu haben, die neben Mindestregelungen auch die Machtressourcen der Gewerkschaften stärken. In einem System, das Helmut Schmidt einmal »Raubtierkapitalismus« nannte, lässt sich die soziale Ungerechtigkeit und Spaltung nur begrenzt zurückdrängen.

Die SPD wird von dieser Logik herausgefordert. Scholz räumt ein, die Partei werde »seit längerem als zu taktisch wahrgenommen«. Diese Wahrnehmung dürfe nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Die SPD will Fortschritt und Gerechtigkeit in pragmatischer Politik und einer unmittelbar daran anschließenden Erzählung verknüpfen. Aber solange die Partei vor den grundlegenden ökonomischen Bewegungsgesetzen des modernen Kapitalismus die Augen verschließt und sich nur auf partielle Eingriffe in die Verteilungsverhältnisse konzentriert, wird sie aus der Abwärtsspirale nicht herauskommen.

# Solidarität mit dem griechischen Volk

Ein Reisebericht von Michael Joho



Ausgelassene Stimmung am Rembetikoabend in Perama (Foto: M. Joho)

Vom 1. bis 8. Oktober fand eine Exkursion nach Griechenland statt, die aufgrund der Zielsetzung und der besuchten Stationen auch als Solidaritätsreise bezeichnet werden kann. Organisiert worden war sie von Gina Freuer vom Einwohnerverein St. Georg, der seit zwei Jahren ein Projekt in Perama unterstützt. Dazu weiter unten mehr.

Tatsächlich ist Griechenland, sind vor allem die ökonomischen Verwerfungen und die daraus resultierenden sozialen Probleme weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Zudem hat sich ein Teil der Linken aus der vor zwei Jahren noch spürbaren Solidaritätsbewegung zurückgezogen und betrachtet argwöhnisch die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen der von der linken Syriza geführten Regierung. Fortschrittliche Veränderungen sähen anders aus, vom »Verrat« ist zu hören, Enttäuschung hat sich breitgemacht. Wir dagegen glauben, dass fortschrittliche, gar revolutionäre Veränderungen unter den Bedingungen des neoliberalen Drucks und der von der EU auferlegten Spardiktate »alleine« nicht zu gewinnen sind. Und einfach von der nur einen Sommer blühenden Solidaritätsbewegung abzuspringen, weil der von Syriza eingeschlagene Kurs nicht den eigenen Hoffnungen und Utopien entspricht, also offensichtlich um vieles komplizierter und widersprüchlicher ist, soll unsere Sache nicht sein. Deswegen erscheint uns das Ziel, ein oder mehrere konkrete Solidaritätsprojekte in Griechenland zu unterstützen und damit dem verarmten griechischen Volk wieder etwas mehr Luft zum Atmen zu verhelfen, als ein wichtiger Ansatz, den wir gerne unterstützen.

Eine Woche lang waren wir in Griechenland, vor allem in Athen und im benachbarten Küstenort Perama, aber auch in Distomo. Zunächst orientierten wir uns in der griechischen

Metropole. Die Athener Agglomeration macht rund ein Drittel der griechischen Bevölkerung mit insgesamt elf Millionen BewohnerInnen aus. Kein Wunder, dass hier vor allem die sozialen Auseinandersetzungen toben. Beim bekannten, höchst empfehlenswerten Autor Petros Markaris gibt es wohl keinen Krimi, in dem nicht der ewige Verkehrskollaps, bedingt durch Auto- und Motorradlawinen und eben Demonstrationen, besungen wird. Was uns in unserem, direkt an einer Hauptstraße gelegenen Domizil auffiel, war zunächst der massive Verkehrslärm einerseits und die nahezu völlig fehlenden Fahrräder andererseits. Die im Zuge der Olympischen Sommerspiele 2004 umgebaute Innenstadt, die zentralen Plätze, die Markthallen, die Altstadt Plaka und die Akropolis-Gegend wirken laut und anstrengend und sind natürlich ein Touristenpool sondergleichen. Die Tourismusbranche trägt mit immerhin 18,6% zum Bruttoinlandsprodukt bei, in Deutschland sind es nur 10,8%.

Gleich mehrmals waren wir mit der Reisegruppe in Perama, einem Vorort etwa 15 Kilometer von der Athener Innenstadt entfernt. In dieses ehemalige Herz der griechischen Werftindustrie verläuft sich kein/e Tourist/in, es gibt keine Sehenswürdigkeiten, vielmehr dominiert eine Tristesse, deren Grundlage eine Arbeitslosenquote von 60% ist. Zu den beeindruckendsten Fakten gehörte die Aussage, dass GriechInnen nach einem Jahr Erwerbslosigkeit **keinerlei** staatliche Unterstützung mehr bekommen. Für uns nahezu unvorstellbar, dass die Hälfte der BewohnerInnen Peramas auf Hilfe aus der Verwandtschaft und von FreundInnen angewiesen ist! Nur wie regelt mensch den Alltag, ja, das pure Überleben, wenn die Hälfte der Nachbarschaft arbeitslos ist und ebenfalls keine Leistungen mehr bezieht?

### Die Nachbarschaftsküche in Perama

Vor diesem Hintergrund hat sich 2011 eine »Freie Vereinigung« in Perama gegründet. Sie hat einen eigenen Versammlungsraum, in dem völlig gleichberechtigt alle Fragen und Probleme gemeinsam angegangen werden. Das Herzstück ist eine Nachbarschaftsküche, die einmal in der Woche den Menschen der Umgebung und Geflüchteten ein kostenfreies Mahl serviert. Das Geld für Gemüse, Fleisch und Getränke wird teilweise gespendet, zum Teil werden KundInnen eines örtlichen Supermarkts aber auch gebeten, ein paar Dinge mehr einzukaufen und anschließend bei SpendensammlerInnen der Freien Vereinigung abzugeben. Diese Nachbarschaftsküche steht im Mittelpunkt der Unterstützung durch den Einwohnerverein St. Georg und eine Berliner Initiative. In den vergangenen zwei Jahren konnten weit mehr als 15.000 Euro und verschiedene Gegenstände nach Perama transferiert werden. Die erste Begegnung war von einer geradezu überschwänglichen Begrüßung geprägt, wobei uns gleich auf den ersten Blick auffiel, dass mehrere der Älteren kaum noch Zähne im Mund hatten. Ein bisschen beschämend war, dass für uns eigens Rotwein und Bier ausgeteilt wurde, während im Alltag der »Freien Vereinigung« Alkoholika verpönt sind. Bei einem zweiten Abend hatte die Initiative eigens eine Rembetikoband eingeladen, wieder gab es ein großes Essen und melancholische Lieder, die zum Tanzen animierten. Und am vorletzten Tag halfen wir bei der Vorbereitung der wöchentlichen Essensausgabe, die regelmäßig von 50 bis 100 Menschen genutzt wird.

Für diese Nachbarschaftsküche sucht der Einwohnerverein SpenderInnen, insgesamt 1.000 Euro sollen allmonatlich gesammelt werden, damit die Nachbarschaftsküche an mehreren Tagen in der Woche kostenfrei Essen ausgeben kann. Dafür werden Menschen gesucht, die einen - noch so kleinen - Dauerauftrag einrichten, um die Küche regelmäßig am Laufen zu halten. Mehr Infos zur Nachbarschaftsküche gibt es hier: <https://griechenlandsoliberlin.wordpress.com/2017/03/18/solidarische-nachbarschaft-in-perama/>.

Natürlich haben wir auch einige touristische Attraktionen angesteuert. Einige waren auf der Akropolis und im noch recht neuen Akropolis-Museum, mehrmals waren wir in der Plaka unterwegs und bummelten durch benachbarte Stadtteile wie das Szeneviertel Exarchia, ein Teil gönnte sich auch einen Ausflug auf die Insel Ägina, von der bis zu fünf Prozent der Weltpistazienproduktion stammt.

### Das Hotel Refugee City Plaza

Weitere wichtige Stationen in Athen waren das »Hotel Refugee City Plaza« und die »Solidarische Klinik Ellinikó«. Das ehemalige Hotel ist seit mehreren Jahren besetzt und beherbergt in 120 Zimmern rund 400 Geflüchtete, davon fast ein Drittel Kinder. Wir begegneten neben den Refugees HelferInnen aus mehreren europäischen Ländern, die hier eine einzigartige, selbstorganisierte Unterkunft geschaffen haben, mit Cafébetrieb und Essensausgabe, Sprachkursen, sportlichen und kulturellen Angeboten. Die Athener Stadtregierung möchte »The Best Hotel in Europe« schon seit Langem räumen, würde dann



Plakat im Refugee-Hotel (Foto: Michael Joho)

aber mit massiven Weiterungen konfrontiert sein... Mehr dazu unter [www.vice.com/de\\_ch/article/vdjwwx/city-plaza-das-refugee-hotel-im-herzen-von-athen-123](http://www.vice.com/de_ch/article/vdjwwx/city-plaza-das-refugee-hotel-im-herzen-von-athen-123).

### Die Solidarische Klinik Ellinikó

Dem Refugee-Hotel spendeten wir vor allem dringend benötigte Zahnbürsten für Kinder, der ebenfalls selbst organisierten Klinik Ellinikó Medikamente, die wir tags zuvor in Athen erstanden hatten. Das Gesundheitssystem in Griechenland war in den vergangenen Jahren zeitweilig derart zurückgefallen, dass sich arme, alte und kranke Menschen keine Medikamente, geschweige denn eine länger währende Therapie mehr erlauben konnten. Die kostenfreie Abgabe von Arzneien und die ebenso kostenlose ärztliche Grundversorgung dürften vielen Menschen buchstäblich das Leben gerettet haben. Inzwischen gibt es bei Medikamenten wieder Zuzahlungen von 75% des Ladenpreises, aber selbst die verbleibenden 25, manchmal auch 50% Zuzahlung sind für viele GriechInnen nicht leistbar. Wir haben lernen müssen, dass Armut einerseits denjenigen Teil der Bevölkerung meint, der de facto gar nichts mehr hat, aber durchaus auch Menschen aus dem Mittelstand, die trotz ihres Arbeitsplatzes und der vollen Stundenzahl nur noch die Hälfte des Einkommens beziehen. So erzählte uns eine junge Studentin beim Rundgang durch Exarchia, dass ihre angestellte arbeitende Mutter die Wohnung und den Stadtteil verlassen musste, weil sie die Miete nicht

mehr zahlen konnte, nachdem ihr Einkommen auf monatlich unter 1.000 Euro gesunken war.

### Deutsche Kriegsverbrechen in Distomo

Eine kleine Gruppe machte sich einen Tag lang auf, um den Ort Distomo am Fuß des Parnass-Gebirges aufzusuchen. Anders als die Schreckensorte deutscher NS-Terrorherrschaft wie Lidice 1942 oder Oradour 1944 ist Distomo lange Zeit nahezu in Vergessenheit geraten. Erst in den letzten Jahren wird wieder verstärkt an das Massaker erinnert, dem am 10. Juni 1944 insgesamt 218 DorfbewohnerInnen (darunter vier Kinder und vier Säuglinge) zum Opfer fielen. Durchgeführt wurde die Mordaktion von der 4. SS-Polizei-Panzergranadier-Division als »Vergeltung« für Partisanenkämpfe, an denen die BewohnerInnen Distomos nicht beteiligt waren.

Die Fotos und Erläuterungen im Museum in Distomo veranschaulichten ein Geschehen, das an Brutalität und Entmenschlichung kaum mehr zu überbieten ist: Die Täter erschossen Männer und Kinder, vergewaltigten, quälten und ermordeten ebenso wahllos Frauen. Den schrecklichen Ereignissen und ihren Opfern sind im Film »Ein Lied für Argyris« (Schweiz 2006, von Stefan Haupt) und jüngst im Buch »Juni ohne Ernte« (Athen 2016, von Kaiti Manolopoulou) bleibende Werke gewidmet worden.

Die einwöchige Unternehmung hat bei uns viele bewegende Eindrücke hinterlassen. Wir haben Menschen in Perama kennengelernt, die ihre katastrophale Lage durch Ge-

Statt in die Tonne – Bücher, zur Freiheit, zur Sonne!  
Alte Bücher loswerden und andere erwerben:

### Bücherflohmarkt der St. Georger Geschichtswerkstatt

**Sonntag, 10. Dezember, 10.00 bis 18.00 Uhr,**

Alsterhafen im CVJM (An der Alster 40)

Anmeldung für private AnbieterInnen bis zum 4.12.

unter [info@gw-stgeorg.de](mailto:info@gw-stgeorg.de), Standgebühr pro

Tapeziertisch: 5,- Euro und 1 Kuchen

meinschaftssinn und Organisationskraft zu verbessern suchen. Wir haben mit jungen Leuten gesprochen, deren Zukunft in Griechenland ungewiss ist – fast 43% der 15- bis 24jährigen GriechInnen sind im September arbeitslos gewesen! –, die aber trotzdem solidarisch mit anpacken, um das Refugee-Hotel zu organisieren. Wir waren beschämt, nicht nur in Distomo, angesichts des Umstandes, dass die Bundesrepublik Deutschland bis heute eine angemessene Entschädigung der GriechInnen für erlittene Schäden und Leiden während der deutschen Besatzungsherrschaft 1941-1945 systematisch verhindert. Wir waren erstaunt über das Engagement, das solche Projekte wie die Solidarische Klinik Ellinikó hervorgebracht hat. Für uns waren und sind das viele Eindrücke und Argumente, in der Solidarität mit dem griechischen Volk nicht nachzulassen.



Blick von der Gedenkstätte auf den Ort deutschen Terrors im 2. Weltkrieg: Distomo (Foto: M. Joho)

## Kulturipp: Zwischen Revolution & Restauration



Filme beim Cinefest: »Barry Lyndon« (l.) und »Lenz«

Etwas quer zu allen gelaufenen und anstehenden Jubiläen der russischen Oktoberrevolution 1917 und der deutschen Novemberrevolution 1918 widmet sich das diesjährige **cinefest** – das Internationale Festival des deutschen Film-Erbes – vom 18. bis 26. November der »Kultur und Politik 1789–1848 im Spiegel des Films«. Im Mittelpunkt steht also die Epoche zwischen der Französischen Revolution 1789 und der Wiederherstellung der »guten alten Ordnung« nach dem Scheitern der demokratischen Revolutionen 1848/49. Viele KünstlerInnen und SchriftstellerInnen haben zu den Ereignissen damals bleibende Werke hinterlassen, erwähnt seien hier nur Georg Forster, Heinrich Heine und Georg Büchner, aber auch Wolfgang von Goethe, Friedrich Schiller und E.T.A. Hoffmann.

»Die Werke und Biografien dieser Künstler wurden oft von Filmschaffenden aufgegriffen, um ihre persönliche Realität unter den unterschiedlichen Regimen zu behandeln«, heißt es im Veranstaltungsflyer. »Die »klassische Literatur« diente ihnen dabei auch als Verkleidung, um akute gesellschaftliche Probleme darzustellen. So spiegeln die Filme häufig die Zerrissenheit zwischen Kultur und Politik.«

Sämtliche Streifen werden im Kommunalen Kino Metro-polis (Kleine Theaterstraße 10) gezeigt und fachkundig ein-

geleitet. Die Eröffnungsgala steigt am Samstag, den 18. November, um 19.30 Uhr; als Eröffnungsfilm wird »Märkische Forschungen« (DDR 1981/82, von Roland Gräf, 96 Min.) aufgeführt, zum anschließenden Gespräch werden der Schauspieler Hermann Beyer und Rudolf Jürschik, der letzte Künstlerische Direktor der DEFA, erwartet. Zu Georg Büchner werden beispielsweise zwei Filme gezeigt: »Wozzeck« (SBZ 1947, von Georg C. Klaren, 101 Min.; am 20.11., 19.00 Uhr) und »Addio, Piccola Mia« (DDR 1977/78, von Lothar Warneke, 123 Min., am 21.11., 17.00 Uhr). Weitere Produktionen drehen sich u.a. um Forster, Goethe, Joseph von Eichendorff, Alexander von Humboldt, Carl Maria von Weber, Lessing und Heine.

Das Gesamtprogramm findet sich unter [www.cinefest.de](http://www.cinefest.de).

Eingebettet in das cinefest findet vom 23. bis 25. November der 30. Internationale Filmhistorische Kongress statt, für den allerdings eine Anmeldung vonnöten ist. Zudem wartet die Zentralbibliothek der Bücherhallen Hamburg (Hühnerposten 1, Eingang Arno-Schmidt-Platz) noch bis zum 1. Dezember mit einer Begleitausstellung auf, in der einzelne Filme und Schwerpunktthemen des Programms vorgestellt und mit Fotos sowie Dokumenten illustriert werden. Natürlich präsentiert die Zentralbibliothek auch Schätze aus dem eigenen Bestand.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de](mailto:christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Christiane Schneider MdHB, Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg/Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg.